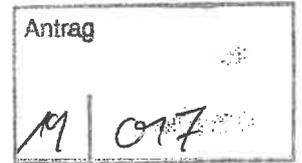


Meyerholz, Hans Gerd  
Vorsitzender GFA-Fraktion

Aurich, den 14.11.2019



per E-Mail

**Stadt Aurich**  
Vorz. Bgm.

Herrn  
Bürgermeister Feddermann  
Rathaus  
Bürgermeister-Hippen-Platz

Eing.: 14. Nov. 2019

Abt.: M.4

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Rat hat in seiner Sitzung am 27. Juni 2019 beschlossen, "Teilflächen im Bereich (Burgstraße/Wallanlagen/Philosophenweg) in die Städtebauförderung Zukunft Stadtgrün anzumelden" (Text lt. Vorlage DS 19/085), siehe TOP 17 der Ratssitzung. Wie zuvor der Fachausschusses und der VA hat auch der Rat die Anmeldung mit der Maßgabe beschlossen, **dass die Verwaltung ein entsprechendes Durchführungskonzept erstellt, das bis zum 31.12.2019 vom Rat zu beschließen ist.**

Sollte der Rat das Konzept nicht beschließen, ist die Anmeldung für die Städtebauförderung von der Verwaltung rückgängig zu machen. Frau Fachbereichsleiterin Krantz hat dazu ausgeführt, dass eine Entscheidung über die Aufnahme in das Programm durch das Land erst 2020 erfolgen würde und dass deshalb eine Rücknahme der Anmeldung durch die Stadt problemlos möglich sei.

Nach den Angaben in der DS 19/085 liegen die Kosten für die angemeldeten Maßnahmen bei ca. 4,11 Millionen Euro. Davon müsste die Stadt bei einer 2/3 Förderung aus Landes- und Bundesmitteln ca. 1,37 Millionen Euro als Eigenmittel aufbringen.

Einige der angemeldeten Maßnahmen sind umstritten (z. B. Philosophenweg), andere (z. B. die im Bereich Hoher Wall/Burgstraße geplante Brücke, Brückenbereich Norderstraße) sind bereits vor einigen Jahren diskutiert und abgelehnt worden, werden dennoch wieder im Sanierungskonzept als geplante Maßnahmen aufgeführt.

Bis heute liegt das mehrfach von der Verwaltung zugesagte Sanierungskonzept mit den konkret aufgeführten Einzelmaßnahmen nicht vor. Gestern wurde im Sanierungs- und Konversionsausschuss darauf hingewiesen, dass Anfang Dezember eine Begehung erfolgen soll, um dann über das konkrete Maßnahmen beraten zu können.

Nach unserer Überzeugung ist es wegen der noch erforderlichen Beratungen im Fachausschuss und VA bis zum Jahresende nicht möglich, den entsprechenden Ratsbeschluss zu fassen.

Da außerdem die derzeitige Finanzsituation nicht dazu geeignet ist, weitere zusätzliche Investitionen in Millionenhöhe auf den Weg zu bringen, stelle ich im Namen der GFA-Fraktion den Antrag, die Mittelanmeldung rückgängig zu machen, wie es der mehrheitlich gefasste Ratsbeschluss vom Juni 2019 vorsieht.